



## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
04.07.2025 Brights - Die Natur des Zweifels: Rückbau von Atomkraftwerk: Mehr Strahlung als erwartet	4
06.07.2025 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: Das ewige Nichtwissen	5
05.07.2025 Deister- und Weserzeitung: Atommülllager Asse droht vollzulaufen: Rettung zu spät?	7
05.07.2025 Main-Post Würzburg: Uran auf Reisen	9

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Brights - Die Natur des Zweifels

## Rückbau von Atomkraftwerk: Mehr Strahlung als erwartet

4. Juli 2025 10:58 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Der Rückbau des **Atomkraftwerks** bei Greifswald verzögert sich, die Kosten explodieren: Die Anlage ist stärker kontaminiert als erwartet.

Es waren extra Mitglieder des Politbüros der SED und eine sowjetische Delegation angereist, als 1974 der erste Block des „VEB Kernkraftwerk Bruno Leuschner“ nahe Greifswald ans Netz ging: Dem Druckwasserreaktor sollten sieben weitere folgen, die DDR wollte an der Ostsee einen **Atomkomplex** mit insgesamt 3.520 Megawatt Leistung errichten. Doch so weit kam es nicht: Block 6 war 1990 zwar fertiggestellt, wurde aber nicht mehr ans Netz genommen. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden alle Reaktoren abgeschaltet.

Seitdem wird zurückgebaut, Ziel ist eine „grüne Wiese“. Doch das erweist sich als ausgesprochen schwierig, wie neue Verzögerungen zeigen: Nicht wie ursprünglich geplant 2028 werden die Arbeiten fertig, sondern erst in den 2040er Jahren, wie der Geschäftsführer des zuständigen bundeseigenen **Entsorgungswerks für Nuklearanlagen (EWN)** bestätigte. „Hinzukamen in den letzten Jahren erhebliche Kostensteigerungen infolge der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges, die unsere Finanz- und Terminplanungen beeinflusst haben“, so der Sprecher weiter.

## SOZIALE SYSTEME

# Das ewige Nichtwissen

Die Endlagersuche offenbart den Wunsch nach Fakten.

Die Zeitdimension der Gesellschaft wird in der soziologischen Forschung wenig berücksichtigt. Für die Vergangenheit sind die Historiker zuständig und für die Zukunft Trendforscher und Futurologen. Die Zukunft wird als grundsätzlich offen betrachtet, dabei verbraucht die Gesellschaft immer rascher ihre Zukunft. Etwa durch eine exorbitante Staatsverschuldung, die die finanziellen Räume der künftigen Generationen verengt. Dabei lassen sich die Fristen, in denen diese Schulden zurückgezahlt werden müssen, exakt ausrechnen. Man weiß also ziemlich genau, wann man das Geld dafür haben muss – meist laufen Staatsanleihen zehn Jahre lang. Der Staat weiß zwar nicht, ob das Geld dann auch zur Verfügung stehen wird, aber das Risiko können er und seine Gläubiger getrost eingehen. Was aber, wenn der Staat Garantien eingehen muss, die noch in einer Million Jahren gelten sollen?

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sollte ursprünglich bis 2031 ein Endlager für die strahlende Hinterlassenschaft der Kernenergienutzung in Deutschland finden: 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven Abfall. Inzwischen wurde die finale Entscheidung über den Standort des Endlagers auf den Zeitraum zwischen 2046 und 2068 verschoben, neueste Gutachten erwarten eine Verzögerung bis 2074. In diesem Endlager soll der Abfall ruhen – für eine Million Jahre. Man kann davon ausgehen, dass keine Gemeinde, kein Landkreis, kein Bundesland in Deutschland dieses Lager haben will. Und kein politisch Verantwortlicher wird die Aufgabe übernehmen wollen, am Ende der Suche den dann gefundenen Standort des Lagers politisch durchzusetzen. Aber niemand

drängelt auch, diese Suche rasch abzuschließen. Liegt es nicht nahe, den Grund für diese Verzögerung im Mangel an politischer Verantwortung zu suchen? Will man überhaupt einen Standort finden?

Alisa Hirn hat in ihrer Studie über die deutsche Endlagersuche einen anderen Grund für die Verzögerung der finalen Standortentscheidung gefunden. Sie geht davon aus, dass die entscheidende Rolle darin der gesellschaftliche Umgang mit Nichtwissen spielt. Das Ziel der gesetzlich geregelten Endlagersuche sei, einen Standort zu finden, der nach heutigem Stand des Wissens über diesen immensen Zeitraum hinweg als sicher gelten kann. So muss die Gefahr von Erdbeben in dem Gebiet des künftigen Endlagers berücksichtigt werden. Dabei müsste klar sein, dass sich das Verfahrensziel und dessen Legitimationsbasis, also hier wissenschaftlich gesichertes Wissen, in ihrer zeitlichen Deutung von Nichtwissen widersprechen. Das resultierende Dilemma, sowohl das Ziel als auch die Legitimation zu erfüllen, führte zum Vertagen der Entscheidung. Schuld daran sei die soziale Unterstellung einer Endlichkeit des Nichtwissens, so Hirn. Kurz: Man sei im deutschen Suchverfahren davon überzeugt, dass man irgendwann tatsächlich sagen könne, jetzt wisse man alles, jetzt ergäbe sich die Entscheidung für diesen einen Standort ohne ein politisches Zutun. Das Wissen, die Fakten würden quasi selbst entscheiden. Allerdings führe diese Unterstellung dazu, dass das Verfahren ins Unendliche fortgesetzt werden könnte, weil es diese absolute Sicherheit gar nicht geben könne.

Ist es, auch nach den Erfahrungen mit dem Erkundungslager Gorleben, nicht nachvollziehbar, zumindest noch für ein paar Jahrzehnte weiterzusuchen, also die unvermeidbar kontroverse Entscheidung so lange wie möglich zu vertagen? Insbesondere da es ja wegen der vorhandenen Kapazitäten zur Zwischenlagerung der atomaren Abfälle keinen unmittelbaren Handlungsdruck gibt. Wenn die Lagerung ohnehin eine Million Jahre dauern soll, könnte man ja auch ruhig noch mal 100 Jahre lang weitersuchen. Das deutsche Suchverfahren, so Hirn, erwecke deshalb den Eindruck, dass man hier mit dem Rückgriff auf Wissenschaftlichkeit einer „aktiven, politischen Gestaltung“ ausweiche. Es sei fraglich, ob diese Strategie gelinge und dem Verfahren und der Wissenschaft langfristig einen Gefallen tue.

Dem ist zuzustimmen. Aber welche Alternative böte sich? Die Entscheidung für ein Endlager wird man nicht ewig aufschieben können. Vielleicht wird sich eines Tages die gesellschaftliche Brisanz dieser Entscheidung abschwächen, weil die deutsche Bevölkerung Ende des Jahrhunderts ganz andere Sorgen haben wird. Sie wird dann vielleicht wegen der massiven Folgen des Klimawandels den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht haben, sofern die regenerativen Energien für den immensen Bedarf an elektrischer Energie zum Kühlen der Städte nicht ausreichen. Für solche Fragen sind die Futurologen zuständig, während die Soziologen gestehen müssen: Wir wissen es nicht.

Alisa Hirn: Unterstellte Endlichkeit: Die Rolle von Nichtwissen für die Endla-

gerung radioaktiven Abfalls, in: ÖZS  
(2025) 50:19.

Wörter: 671  
Autor/-in: Von Gerald Wagner  
Seite: 50 bis 50  
Rubrik: WISSENSCHAFT  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Sonntagszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Nummer: 27  
Ausgabe: Einzelausgabe  
Auflage: 148.459 (gedruckt)<sup>1</sup>  
174.412 (verkauft)<sup>1</sup>  
178.161 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,512 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup>  
IVW 1/2025

<sup>2</sup>  
AGMA ma 2025 Pressemedien I



# Atommülllager Asse droht vollzulaufen: Rettung zu spät?

## 126.000 Fässer radioaktiven Abfalls lagern in einem maroden ehemaligen Salzbergwerk – Nun liegt ein erster Antrag für die Räumung vor

Von Elisabeth Woldt

Das marode Atommülllager Asse soll geräumt werden – das ist seit vielen Jahren beschlossene Sache. Doch wie das konkret gelingen kann und wann es wirklich so weit ist, ist noch immer unklar. Nun hat die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen ersten Genehmigungsantrag für die Rückholung der radioaktiven Abfälle beim Umweltministerium in Hannover eingereicht.

„Die BGE hat mit Einreichung des ersten Antrages in diesem Jahr Wort gehalten und steigt jetzt in die Genehmigungsverfahren zur Rückholung ein“, sagt die Vorsitzende der Geschäftsführung, Iris Graffunder.

Ein neuer Schacht soll gebohrt und mit dem bestehenden Bergwerk im Landkreis Wolfenbüttel verbunden werden, um die Fässer an die Oberfläche zu holen. Während der Bergung der Abfälle ist laut BGE mit erhöhten Ableitungen radioaktiver Stoffe zu rechnen. Dabei sollen alle rechtlichen Vorgaben und Grenzwerte eingehalten werden.

Nach den jüngsten Plänen soll frühestens 2033 mit der Rückholung der Abfälle begonnen werden. Zuletzt wurden die Kosten bis zum Beginn der Bergung auf rund 4,7 Milliarden Euro geschätzt.

126.000 Fässer mit radioaktiven Abfällen

Insgesamt liegen in der Asse in 13 ehemaligen Salzabbaukammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren dort eingelagert worden waren.

Die Schachanlage gilt seit Jahren als instabil. Seit Jahrzehnten dringt dort Salzwasser ein. Es besteht die Gefahr, dass das Bergwerk absaufen könnte. Wie sich der Wasserzutritt entwickelt, können die BGE-Fachleute nicht vorhersehen. Er kann sich jederzeit so verändern, dass ein sicherer Betrieb des Bergwerks nicht mehr möglich ist. Die Rückholung müsste in dem Fall abgebrochen und das Bergwerk geflutet werden.

Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) begrüßt, dass es mit dem Verfahren nun endlich vorangeht und kündigt eine gründliche und zügige Prüfung an. Eine schnelle Rückholung der Fässer habe oberste Priorität. „Das, was vor vielen Jahrzehnten in der Asse passiert ist, ist einer der größten Umweltskandale Deutschlands. Es wird Zeit, dass dieser Fehler der Vergangenheit korrigiert wird“, sagt der Grünen-Politiker. Meyer betont: „Die Rückholung darf nicht infrage gestellt werden. Die Asse ist auch ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der deutschen Endlagerpolitik.“

Noch fehlen Unterlagen für die Genehmigung

Allerdings lägen für das Genehmigungsverfahren bisher noch nicht alle erforderlichen Unterlagen und Nachweise vor. „Ich erwarte von der BGE, dass sie alle Energie in das Vorhaben steckt und schnellstmöglich prüf-fähige, vollständige Unterlagen vorlegt und dabei die Öffentlichkeit mit einbezieht“, so Meyer.

Auch die BGE räumt ein, dass in den kommenden Jahren weitere nötige Unterlagen ergänzt werden müssten. Das liege an der „Komplexität der Aufgabe“ und daran, dass es das erste Mal sei, dass so etwas überhaupt gemacht werde, erklärt eine Sprecherin auf Nachfrage dieser Redaktion. Man wolle hier eng mit den Genehmigungsbehörden zusammenarbeiten und genau klären, welche konkreten Informationen nachgearbeitet werden müssen.

Auch wohin der Atommüll danach kommt, ist noch nicht klar. Das in Bau befindliche Endlager Schacht Konrad könnte die Abfälle nach Angaben der BGE schon aus Platzgründen nicht aufnehmen. Zuletzt hatte die Behörde erklärt, einen geeigneten Standort im günstigsten Fall bis 2046 benennen zu können – im ungünstigsten Fall erst 2068.

Wörter:	494	Jahrgang:	2025
Seite:	27	Nummer:	154
Ressort:	Niedersachsen & der Norden	Ausgabe:	Hauptausgabe
Medienkanal:	PRINT	Auflage:	13.781 (gedruckt) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		12.785 (verkauft) <sup>1</sup>
Medientyp:	PRINT		13.101 (verbreitet) <sup>1</sup>
		Reichweite:	0,04229 (in Mio) <sup>2</sup>

Urheberinformation: (c) Deister- und Weserzeitung Verlagsgesellschaft mbH Co. KG

<sup>1</sup> IVW 1/2025

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

## Uran auf Reisen

Aus der Atomkraft ist Deutschland ausgestiegen. Der hoch radioaktive Atommüll aus Garching muss aber weiterhin transportiert werden.

Garching Atomgegner warnen vor möglicherweise noch in diesem Jahr geplanten Atommülltransporten vom Forschungsreaktor FRM II Garching ins nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus. Im Vergleich zu Abfall aus kommerziellen Atomkraftwerken sei der Müll aus dem Forschungsreaktor Garching besonders problematisch, kritisieren das private Umweltinstitut München und die Anti-Atom-Organisation Ausgestrahl. Der Transport über 700 Kilometer nach Ahaus berge große Gefahren.

Was ist der FRM II?

Gelobt als eine der wichtigsten Neutronenquellen Europas für Forschung, Medizin und Industrie, war der Reaktor im März 2004 in Betrieb gegangen. Wegen des zu 93 Prozent hoch angereicherten Urans als Brennstoff war er aber von Anfang an umstritten. Gegner sprachen entgegen den Betreibern stets von atomwaffenfähigem Material. Seit gut fünf Jahren steht der FRM II allerdings still – wegen Corona, wegen Reparaturen und wegen Zwischenfällen. Noch immer dauern Reparaturen an. Der Neustart werde anders als geplant dieses Jahr nicht mehr möglich sein, sagte die FRM-II-Sprecherin Andrea Voit.

Ist das dort genutzte Uran wirklich atomwaffenfähig?

Der Abfall enthält noch immer zu über 87 Prozent hoch angereichertes Uran – laut Atomgegnern könnte selbst das noch für Atomwaffen missbraucht wer-

den. Dem widersprechen die Betreiber der FRM II. „Es ist nicht richtig, dass das Uran aus dem Brennelement missbräuchlich verwendbar ist. Es müsste erst durch Trennverfahren extrahiert werden“, sagt die FRM-II-Sprecherin Voit. Dazu seien spezielle Wiederaufarbeitungsanlagen nötig, von denen es nur eine Handvoll weltweit gebe. In Ahaus lagerten seit Langem Abfälle aus hochangereichertem Uran, auch aus anderen Forschungsreaktoren.

Wann soll der Transport nach Ahaus rollen?

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte kürzlich mitgeteilt, dass Genehmigungen für Atommülltransporte vom Forschungsreaktor FRM II in Garching sowie aus dem Lager in Jülich nach Ahaus kurz bevorstehen. Transporte könnten laut BASE ab dem vierten Quartal dieses Jahres möglich sein. Das Abklingbecken in Garching ist fast voll, noch zwei von 50 Plätzen sind frei – das würde für einen Betrieb von etwa einem Jahr ausreichen.

Wie viel Uran soll transportiert werden?

Aus Garching sind zwei Transporte auf der Straße beantragt. Pro Castor können fünf Brennelemente mit je sieben Kilogramm Uran transportiert werden. Hauke Doerk vom Umweltinstitut vertritt die Ansicht, dass sich bereits in einem der Garchinger Castorbehälter mehr waffenfähiges Uran befindet, als für den Bau einer Atombom-

be gebraucht würde. Er beruft sich dabei auch auf frühere Aussagen der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA, räumt aber ein, dass das hochangereicherte Uran in einer Brennstoffmatrix gebunden vorliegt. Nach Doerks Darstellung ist die größte technische Barriere auf dem Weg zur Bombe aber die Anreicherung.

Sehen Atomgegner eine Alternative zum Transport?

Helge Bauer von der Organisation Ausgestrahl sprach sich dafür aus, den Atommüll dort einzulagern, wo er entstehe – und dann nur noch einmal die Risiken eines Transportes zu einem Endlager auf sich zu nehmen. Dazu braucht es den Bau eines Zwischenlagers am Standort Garching. Das allerdings war nie ernsthaft diskutiert worden. Laut Voit sei in Ahaus das zentrale Zwischenlager für Brennelemente aus anderen Forschungsreaktoren in Deutschland.

Wann kommt ein neuer Brennstoff?

Umweltschützer hatten den Betrieb ab 2011 wegen des hochangereicherten Urans für illegal gehalten und dagegen geklagt, jedoch ohne Erfolg. Wenn der Reaktor nun wieder anfährt, wird das zunächst weiter mit hoch angereichertem Uran geschehen. Allerdings ist ein Brennstoff mit auf unter 20 Prozent angereichertem Uran in Arbeit. Vor Anfang der 2030er wird er voraussichtlich nicht einsatzbereit sein. (Sabine Dobel, dpa)

Wörter:	559	Jahrgang:	2025
Seite:	7	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	Bayern	Auflage:	22.267 (gedruckt) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		20.584 (verkauft) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		21.081 (verbreitet) <sup>1</sup>
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,08407 (in Mio) <sup>2</sup>

Weblink: <http://www.mainpost.de>

Urheberinformation: Mediengruppe Main-Post GmbH

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

**Abbildung:** Der heikle Transport von Castorbehältern ruft seit Jahrzehnten regelmäßig Kritiker und Demonstrierende auf den Plan. Foto: Guido Kirchner, dpa